

Stand: 10.02.2026 11:00:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10662

"Reptiliennauffangstation München"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10662 vom 22.03.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/11649 des UV vom 02.06.2016
3. Beschluss des Plenums 17/11889 vom 09.06.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 09.06.2016



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Reptilienauffangstation München

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung möge dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz berichten, welche Möglichkeiten es gibt, wie die Reptilienauffangstation in ihrem Bestand gesichert werden kann.

Insbesondere soll auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:

- Wie kann die Staatsregierung die Reptilienauffangstation bei der Erschließung des bereits gekauften Grundstücks in Neufahrn unterstützen?
- Wie kann die Staatsregierung die Reptilienauffangstation grundsätzlich beim Aufbau neuer Räumlichkeiten unterstützen?
- Wie kann die Staatsregierung die Reptilienauffangstation grundsätzlich bei der Sicherung ihrer Existenz unterstützen, auch im Hinblick auf die Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben für Tiere oder Beschäftigte und steigende Tierzahlen in der Auffangstation?
- Wie kann die dauerhafte Finanzierung der Reptilienauffangstation gesichert werden (z.B. durch weitere staatliche Zuschüsse), falls die für die dauerhafte Unterbringung von Tieren anfallenden Kosten nicht von den vorherigen Besitzern oder Absendern der beschlagnahmten oder abgegebenen Tiere beigetrieben werden können oder es sich um Fundtiere handelt, für die die Kosten von natürlichen Personen oder juristischen Personen des Zivilrechts nicht beigetrieben werden können?
- Wie kann sichergestellt werden, dass beschlagnahmte Tiere und Fundtiere, die aufgrund ihrer Art oder wegen ihrer speziellen Versorgungsansprüche nicht in einem „normalen“ Tierheim untergebracht werden können, langfristig bzw. falls nicht vermittelbar auch dauerhaft weiterhin tiergerecht

in der Reptilienauffangstation untergebracht werden können?

- Wie, wo und auf wessen Kosten sollen (falls die für die Unterbringung von Tieren anfallenden Kosten nicht von den vorherigen Besitzern oder Absendern der beschlagnahmten oder abgegebenen Tiere beigetrieben werden können oder es sich um Fundtiere handelt, für die die Kosten von natürlichen Personen oder juristischen Personen des Zivilrechts nicht beigetrieben werden können) beschlagnahmte oder abgegebene Tiere und Fundtiere, die aufgrund ihrer Art oder wegen ihrer speziellen Versorgungsansprüche nicht in einem „normalen“ Tierheim untergebracht werden können, ohne Reptilienauffangstation zukünftig untergebracht werden?
- Mit welchen langfristigen ernsthaften Bemühungen wird die Staatsregierung die (gegebenenfalls rechtswidrige) Tötung von beschlagnahmten oder abgegebenen Tieren oder Fundtieren, insbesondere „Exoten“, darunter streng geschützte Arten, dauerhaft vermeiden?
- Wie sieht die Staatsregierung den Vorschlag, die Reptilienauffangstation für mehrere Bundesländer (z.B. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen) einzurichten und damit auch die Kosten zu verteilen?
- Ob und wie können Baufördermittel bei einem modularen Aufbau des geplanten Bauvorhabens (in einen die gesetzlichen Mindestanforderungen und Grundbedürfnisse erfüllenden Basisbau sowie anschließend mehrere ergänzende Bauabschnitte) auf mehrere Haushalte verteilt werden?

Begründung:

Die Reptilienauffangstation München ist süddeutschlandweit die einzige Einrichtung, die „Exoten“ aller Art (von Reptilien bis zu Säugetieren, die in normalen Tierheimen nicht untergebracht werden können) aufnimmt und muss ihre derzeit genutzten Räumlichkeiten, die den Ansprüchen der Unterbringung der meist exotischen Tiere größtenteils nicht mehr genügen, wegen anderweitiger Nutzung vermutlich in absehbarer Zeit aufgeben. Die Zukunft der Einrichtung ist zudem vor allem aus finanziellen Gründen ungewiss. Die Einrichtung benötigt dringend neue Räumlichkeiten, um für die vielfältigen Aufgaben gerüstet zu sein.

Die tiergerechte Unterbringung von beschlagnahmten, abgegebenen oder gefundenen „Exoten“, mithin die Umsetzung der Tierschutzgesetze, muss in Bayern langfristig gesichert sein. Gleichzeitig kann die Einrichtung zukünftig nur mit neuen Räumlichkeiten auch weitere Aufgaben, z.B. in der Fortbildung und Bildung,

aber auch im Bereich der internationalen Zusammenarbeit im Artenschutz übernehmen. Bayern kann mit dieser Auffangstation eine Vorreiterrolle im Tier- und Artenschutz einnehmen. Langfristig kann die Reptiliennauffangstation mit geeigneten Räumlichkeiten auch verbesserte Einnahmen erzielen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/10662

Reptilienauffangstation München

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgender Satz angefügt wird:

„Der Bericht soll erst gegeben werden, wenn die Reptilienauffangstation weitere Vorschläge für ein Bauprojekt vorgelegt hat und weitere Alternativen der baulichen Ausführung geprüft wurden, deren Kosten erheblich unter denen des bisherigen Vorschlags liegen.“

Berichterstatterin:
Mitberichterstatter:

Rosi Steinberger
Alexander Flierl

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 21. April 2016 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 113. Sitzung am 2. Juni 2016 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/10662, 17/11649

Reptiliennauffangstation München

Die Staatsregierung möge dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz berichten, welche Möglichkeiten es gibt, wie die Reptiliennauffangstation in ihrem Bestand gesichert werden kann.

Insbesondere soll auf folgende Fragestellungen eingegangen werden:

- Wie kann die Staatsregierung die Reptiliennauffangstation bei der Erschließung des bereits gekauften Grundstücks in Neufahrn unterstützen?
- Wie kann die Staatsregierung die Reptiliennauffangstation grundsätzlich beim Aufbau neuer Räumlichkeiten unterstützen?
- Wie kann die Staatsregierung die Reptiliennauffangstation grundsätzlich bei der Sicherung ihrer Existenz unterstützen, auch im Hinblick auf die Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben für Tiere oder Beschäftigte und steigende Tierzahlen in der Auffangstation?
- Wie kann die dauerhafte Finanzierung der Reptiliennauffangstation gesichert werden (z.B. durch weitere staatliche Zuschüsse), falls die für die dauerhafte Unterbringung von Tieren anfallenden Kosten nicht von den vorherigen Besitzern oder Absendern der beschlagnahmten oder abgegebenen Tiere beigetrieben werden können oder es sich um Fundtiere handelt, für die die Kosten von natürlichen Personen oder juristischen Personen des Zivilrechts nicht beigetrieben werden können?
- Wie kann sichergestellt werden, dass beschlagnahmte Tiere und Fundtiere, die aufgrund ihrer Art

oder wegen ihrer speziellen Versorgungsansprüche nicht in einem „normalen“ Tierheim untergebracht werden können, langfristig bzw. falls nicht vermittelbar auch dauerhaft weiterhin tiergerecht in der Reptiliennauffangstation untergebracht werden können?

- Wie, wo und auf wessen Kosten sollen (falls die für die Unterbringung von Tieren anfallenden Kosten nicht von den vorherigen Besitzern oder Absendern der beschlagnahmten oder abgegebenen Tiere beigetrieben werden können oder es sich um Fundtiere handelt, für die die Kosten von natürlichen Personen oder juristischen Personen des Zivilrechts nicht beigetrieben werden können) beschlagnahmte oder abgegebene Tiere und Fundtiere, die aufgrund ihrer Art oder wegen ihrer speziellen Versorgungsansprüche nicht in einem „normalen“ Tierheim untergebracht werden können, ohne Reptiliennauffangstation zukünftig untergebracht werden?
- Mit welchen langfristigen ernsthaften Bemühungen wird die Staatsregierung die (gegebenenfalls rechtswidrige) Tötung von beschlagnahmten oder abgegebenen Tieren oder Fundtieren, insbesondere „Exoten“, darunter streng geschützte Arten, dauerhaft vermeiden?
- Wie sieht die Staatsregierung den Vorschlag, die Reptiliennauffangstation für mehrere Bundesländer (z.B. Bayern, Baden-Württemberg, Hessen) einzurichten und damit auch die Kosten zu verteilen?
- Ob und wie können Baufördermittel bei einem modularen Aufbau des geplanten Bauvorhabens (in einen die gesetzlichen Mindestanforderungen und Grundbedürfnisse erfüllenden Basisbau sowie anschließend mehrere ergänzende Bauabschnitte) auf mehrere Haushalte verteilt werden?

Der Bericht soll erst gegeben werden, wenn die Reptiliennauffangstation weitere Vorschläge für ein Bauprojekt vorgelegt hat und weitere Alternativen der baulichen Ausführung geprüft wurden, deren Kosten erheblich unter denen des bisherigen Vorschlags liegen.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Herbert Woerlein

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Benno Zierer

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Alexander Flierl

Abg. Susann Biedefeld

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 9 bis 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Herbert Woerlein, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt u.

a. (SPD)

**Finanzierungsplan für den stufenweisen Neubau der Auffangstation für Reptilien
(Drs. 17/9801)**

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a.

und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Auffangstation für Reptilien in München unterstützen - Finanzierungskonzept für
Neubau in Neufahrn (Drs. 17/11001)**

und

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Reptilienauffangstation München (Drs. 17/10662)

Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass zu allen drei Anträgen namentliche Abstimmung beantragt wurde. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 36 Minuten. Die Verteilung ist Ihnen bekannt. Erster Redner ist Herr Kollege Woerlein für die SPD. Bitte schön.

Herbert Woerlein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin Scharf, werte Kolleginnen und Kollegen! Warum ist die Reptilienauffangstation etwas Besonderes? – Die Reptilienauffangstation ist in Deutschland die größte Auffangstation für exotische Heimtiere mit jährlich über 1.200 geretteten und weitervermittelten Tieren. Diese Tiere stammen entweder von Privatpersonen, oder es handelt sich

um Fundtiere. Der Großteil aber kommt aus Beschlagnahmungen des Zolls oder der Polizei.

Träger der Einrichtung ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 unter dem Namen "Auf-
fangstation für Reptilien München e. V." gegründet wurde. In manchen Arbeitsfeldern
sind starke Parallelen zur Arbeit der rund 80 bayerischen Tierheime zu verzeichnen.
So sorgen speziell geschulte Tierpfleger, Tierärzte und Biologen mit ihrer wissen-
schaftlich fundierten Arbeit für eine nachhaltige Verbesserung der Haltungsbedingun-
gen von Reptilien und anderen Exoten. Wie andere Tierschutzeinrichtungen arbeitet
die Reptilienauffangstation sehr eng mit anderen Einrichtungen zusammen.

Einzigartig macht die Reptilienauffangstation ihre Zuständigkeit für exotische und ge-
fährliche Tiere. Wann immer solche Tiere vom Halter nicht mehr gewollt sind, wann
immer ausgesetzte oder beschlagnahmte Tiere untergebracht werden müssen, so
kommt aufgrund der gesetzlichen Vorschriften nur die Reptilienauffangstation infrage.
Herkömmliche Tierheime dürfen Giftschlangen oder Krokodile nicht aufnehmen, da sie
in Bayern nicht gehalten werden dürfen und damit auch nicht vermittelt werden kön-
nen. Zu dieser Einrichtung gibt es also keine Alternative. Wie wichtig die Auffangstati-
on ist, sehen wir auch daran, dass sie durch den Freistaat seit 2008 mit jährlich
331.000 Euro bezuschusst wird. Hierzu muss man wissen, dass jährlich noch
15.000 Euro für den Tierschutzpreis in den Haushalt eingestellt sind. Ansonsten gibt
die Bayerische Staatsregierung keinen Cent mehr für den Tierschutz aus.

Wie die jeweils zuständigen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sind
auch Susann Biedefeld, Isabell Zacharis und ich schon mehrfach Gast in der Kaul-
bachstraße 37 gewesen. Wie wir, wissen auch Sie, dass in den von der Ludwig-Maxi-
milians-Universität leihweise zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten einfach das
Ende der Fahnenstange erreicht ist. Die Zustände dort sind unhaltbar im Hinblick auf
die artgerechte Unterbringung der Tiere, den Sicherheitsstandard und – das ist beson-
ders wichtig – die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD)

Das Team von Dr. Markus Baur und er selbst sind viele Jahre an die Belastungsgrenze gegangen. Ich bin froh, dass durch den Eigenbedarf der LMU jetzt ein Wechsel in neue Räumlichkeiten ansteht.

Mit Hilfe von Herrn Kollegen Benno Zierer war schnell ein passendes Grundstück gefunden. Das geeignete Baugrundstück liegt im nördlichen Großraum von München, in der Gemeinde Neufahrn. Es umfasst eine Fläche von 20.000 Quadratkilometern.

(Allgemeine Heiterkeit)

– Das wäre ein bisschen viel. Ich berichtige, es umfasst 20.000 Quadratmeter. Der Verein hat ein Vorkaufsrecht auf dieses Grundstück. Der Preis ist mehr als fair.

(Susann Biedefeld (SPD): Ein Schnäppchen!)

– Genau, ein Schnäppchen. Dank einer zweckgebundenen Erbschaft könnte der Verein den geforderten Betrag aufbringen. Darüber hinaus ergibt sich ein Synergieeffekt durch die Tatsache, dass der Tierschutzverein Freising als Nachbar eine Zusammenarbeit bei der Erschließung des Grundstücks angeboten hat, was für beide Vereine eine erhebliche Kostenersparnis bedeutet. Dass ein Verein in der Größenordnung der Reptilienauffangstation nicht einfach einen Neubau finanzieren kann, versteht sich von selbst. Daher fand im Landtag ein Runder Tisch mit Vertretern aller Fraktionen statt, bei dem einstimmig Einverständnis mit einem Neubau signalisiert wurde. Dass jetzt eine Partei plötzlich auf der Bremse steht, ohne im Geringsten eine Alternative anbieten zu können, verstehe ich einfach nicht. Noch einmal zur Erinnerung: In Bayern gibt es keine andere Möglichkeit, gefährliche Tiere unterzubringen. Die Reptilienauffangstation bestreitet somit eine Aufgabe, die von keiner anderen Einrichtung in Bayern übernommen werden kann, nicht einmal übergangsweise.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, wir Landtagsabgeordnete müssen heute einen Beschluss fassen, der es dem dortigen Personal ermöglicht, den im Schnitt 1.000 bis 1.500 exotischen Tieren, die sonst nirgendwo gehalten werden dürfen, einen vernünftigen Lebensraum zu bieten. Das engagierte Team von Herrn Dr. Baur hat bei der Planung auch die bisherigen Zusatzleistungen mitberücksichtigt. Das führte, wie ich aus Gesprächen weiß, zu Missverständnissen. Es führte auch zu dem Vorwurf, man schieße in der Planung über das Ziel hinaus. Ich frage Sie aber: Wäre es denn ein nicht zu entschuldigendes Versäumnis, wenn wir den gesamten Schulungsbereich bei einem Neubau vernachlässigen würden? – Hier werden doch keine Luftschlösser gebaut, sondern bei der Konzeption des Neubaus wurden die bisherigen Aktivitäten mit berücksichtigt. Diese Aktivitäten sind aber sehr umfangreich. So haben wir ein Angebot von Praktika und Hospitationen für Auszubildende zum Tierpfleger, zur Tierpflegerin oder für die Weiterbildung zum Fachtierarzt für Reptilien. Es gibt Seminare in der Tiermedizin, Führungen für Schulen und Kindergärten, Sammlungen von Präparaten, Ausstellungen, Workshops, Beratungen zur Tierhaltung, Behördenvorträge der Tierärztekammer, die Kooperation mit Universitäten, Schulungsangebote zu Gefahrentieren für Polizei, Zoll, Bundeswehr, Feuerwehr sowie Tierärzte und Tierpfleger. Gerade die Schulungen zu Giftschlagen können bei der Vorbereitung von Soldaten im Auslandseinsatz im tatsächlichen Ernstfall über Leben und Tod entscheiden.

Wenn wir beim Raumprogramm den Aspekt des Bildungszentrums außer Acht lassen würden, dann wäre das ebenso ein Fehler, wie wenn wir uns nicht Gedanken darüber machen würden, wie wir die Einrichtung zu einem beliebten Ausflugsziel aufwerten können. Gerade Letzteres ist in Bezug auf die Weitervermittlung der Tiere ein wesentlicher Aspekt.

Im Raumprogramm werden daher neben den Unterbringungsräumen für die Tiere und für eine gesetzlich vorgeschriebene Quarantäne folgende Räume unverzichtbar sein: Büroräume, Sozialräume, Cafeteria, Schulungs- und Kursräume sowie Übernachtungsmöglichkeiten für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehrtägiger Kurse. Heute ist

das Gebot der Stunde, durch entsprechende Zusagen den Neubau der Reptilienauffangstation auf den Weg zu bringen. Wenn einzelnen Kolleginnen und Kollegen dies nicht auf einmal finanziert erscheint, dann bieten wir als Kompromiss an, einen Finanzierungsplan zu erstellen, der einen stufenweisen Neubau der Auffangstation ermöglicht.

Legen Sie mit dieser Entscheidung das Fundament für ein Tierschutzkonzept der Bayerischen Staatsregierung! So viele Aufgaben sind bisher unerledigt geblieben, so viele Entscheidungen sind nicht getroffen worden. Nur beispielhaft ein paar Stichworte: Bezugsschussung der Tierheime, Katzenkastration, Begrenzung der Transportzeiten von Schlachttieren, Rückgang der Kontrollen von Schlachttiertransporten, Handlungsvorgaben in der Putenzucht, Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen, Wildtiere im Zirkus, Verbot des Kükenschredderns, amtliche Vorgaben beim Reitbetrieb mit Ponys und Kleinpferden auf Jahrmärkten und Volksfesten, Tierschutzlabel des Deutschen Tierschutzbundes, Verbot von gentechnisch veränderten Futtermitteln für unsere Nutztiere oder genaue Vorgaben für Tierversuche mit Primaten an bayerischen Universitäten.

Machen Sie heute beim Neubau der Reptilienauffangstation den ersten wegweisenden Schritt. Beenden Sie Ihre Blockadepolitik. Wenn Sie dazu nicht bereit sind, dann erklären Sie bitte hier und heute, wo und wie Sie gefährliche Tiere, die ausgesetzt oder beschlagnahmt wurden, in Zukunft unterbringen wollen. Es gibt in Sachen Tierschutz speziell in Bayern sehr viel zu tun. Packen wir es an, und zwar am besten gemeinsam!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Zierer von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Deutsche Tierschutzbund hat 2014 eine Umfrage unter Tierheimen ge-

macht. Diese hat ergeben, dass Dreiviertel der normalen Tierheime Reptilien beherbergen mussten. Ich denke, das ist eine Aufgabe, für die sie nicht ausgerüstet sind. Die Tendenz dürfte steigend sein; denn leider wird es immer populärer, Reptilien als Haustiere zu halten. Leider gibt es auch Leute, die meinen, sie müssten gefährliche oder giftige Tiere trotz Haltungsverbot in ein Terrarium setzen. Man kann sich vorstellen, dass ein normales Tierheim Probleme hat, eine fünf Meter lange Würgeschlage artgerecht unterzubringen.

Es ist unbestritten, dass eine Einrichtung gebraucht wird, die auf solche Tiere spezialisiert ist. Davon gibt es in Deutschland viel zu wenige. Die Auffangstation für Reptilien in München ist eine der Größten ihrer Art und ein Vorzeigeobjekt in Deutschland. Dies gilt jedoch nicht für die baulichen Anlagen. Es werden Tiere abgegeben, weil die Besitzer mit der Haltung überfordert sind. Dorthin kommen Exoten, die von Behörden beschlagnahmt werden, nicht nur aus Bayern, sondern auch aus anderen Bundesländern, und diese bezahlen auch dafür.

Das Personal schult dort Polizisten, Feuerwehrleute und Soldaten im Umgang mit exotischen Tieren. Das ist wichtig und notwendig, um keine Gefahr für diesen Personenkreis heraufzubeschwören.

(Susann Biedefeld (SPD): Unverzichtbar!)

– Ja, Sie haben recht, es ist unverzichtbar.

Die Auffangstation unterstützt auch die Kommunen, den Freistaat und den Bund, und jetzt braucht das engagierte Personal dort unsere Unterstützung. Immer nur zu sagen, ihr leistet dort eine tolle Arbeit, ist zu wenig, und die Zeit des Lobens und Nichthandelns ist vorbei.

Die Bedingungen, unter denen die Mitarbeiter in der Station in der Kaulbachstraße arbeiten, sind nicht mehr tragbar. Ich weiß es, und auch andere Kollegen wissen es, die bereits vor Ort waren. Sie haben das eindrücklich miterlebt. Wenn man sieht, wie Pfle-

ger auf Leitern steigen, um gefährliche Giftschlagen zu versorgen, dann weiß man, dass es mit der Arbeitssicherheit dort nicht weit her ist. Beim Brandschutz sieht es nicht besser aus, eher noch schlimmer. Außerdem platzt die Station aus allen Nähten. Eine artgerechte Haltung der Tiere ist nicht mehr möglich.

Die LMU, der die Räume gehören, lässt seit Jahren durchblicken, dass die Station doch bitte schön ausziehen soll, weil die LMU die Räume selbst benötige. Bisher gab es keine Lösung für das Problem. Die Stadt München hat ein paar Grundstücke angeboten, auf denen ein Neubau errichtet werden könnte. Die Preise für die Grundstücke bewegten sich aber zwischen 5 und 7 Millionen Euro. Jetzt ist ein Grundstück vorhanden, welches für 200.000 Euro erworben werden kann. Rechnen Sie einmal die Differenz aus, dann werden die Gesamtkosten in Bezug auf den Bau schon wieder sehr viel günstiger. Ein Grundstück zu diesem Preis gibt es im Großraum München sicherlich kein zweites Mal mehr. Der Trägerverein hat sich bereits mit der Gemeinde auseinandergesetzt. Der Tierschutzbund würde 50.000 Euro für die Erschließung zuschießen.

Wenn die Staatsregierung gleich ihre Unterstützung zugesichert hätte und nicht so viel reden würde, hätte man bei den Erschließungskosten Synergieeffekte erzielen und noch mehr sparen können. Dann hätten die Reptilienstation und der Tierschutzverein, der dort ebenfalls neu baut, richtig zusammenarbeiten können. Dass der Verein die Baukosten nicht tragen kann, war von vornherein völlig klar. Hier muss der Freistaat einspringen und wenn möglich auch andere Bundesländer mit ins Boot holen. Mir ist bewusst, dass es nicht einfach ist, eine Millionensumme im Haushalt des Umweltministeriums locker zu machen. Aber es gibt keine Alternative dazu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Politik hat Rahmenbedingungen und Richtlinien beschlossen, die beim Bau eingehalten werden müssen. Dafür kann der Verein nichts, aber er muss diese Auflagen bei

einem Neubau einhalten. Man kann sich nicht mit der Bemerkung wegducken, der Bau wird uns zu teuer, und wir können es uns nicht leisten. So geht es nicht!

Deshalb haben wir unseren Antrag so formuliert, dass die Staatsregierung den Förderverein beim Konzept für einen bezahlbaren Neubau unterstützen soll. Das ist das Mindeste, was man erwarten kann. Es wurden bereits Vorschläge von uns gemacht, und auch in den anderen Anträgen sind Vorschläge enthalten. Vom Loben allein ändert sich nichts – ich wiederhole diesen Satz. Deshalb habe ich nicht verstanden, dass die Kollegen von der CSU diesen Antrag in den Ausschüssen abgelehnt haben. Inhaltlich müssten sie unserem Antrag zustimmen. Tun sie es nicht, dann reden sie nur und wollen nicht handeln. Unsere Anträge sind nach dem Motto gestellt: nicht nur reden, sondern etwas tun. Unsere Intention und unsere Beiträge gehen in diese Richtung, auch unsere Anträge gehen in diese Richtung. Bitte stimmen Sie zu, sonst müssen wir weitere Anträge stellen nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein. Anders geht es nicht. Der Förderverein hat seine Aufgaben gemacht. Jetzt, Frau Staatsministerin, sind auch Sie gefordert. Sie sagen, Sie kennen die Umstände dort. Frau Scharf, ich würde Sie bitten: Machen Sie mit den Verantwortlichen des Vereins einen Termin aus und schauen Sie sich die desolate Situation vor Ort an. Helfen Sie und zeigen Sie, dass es zeitnah eine Lösung für diesen Verein gibt. Darum würde ich Sie bitten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ehe ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, kann ich Ihnen mitteilen, dass der Antrag auf namentliche Abstimmung zu jedem der drei Anträge zurückgezogen worden ist, sodass wir danach in dem bekannten Verfahren summarisch abstimmen können, wenn damit Einverständnis besteht. – Jetzt hat Frau Kollegin Steinberger für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reptilienauffangstation in München ist einzigartig. Sie ist in

Süddeutschland die einzige Einrichtung, die Exoten aller Art aufnimmt. Dazu gehören nicht nur Reptilien, wie der Name der Station sagt, sondern manchmal auch Säugetiere, die in normalen Tierheimen nicht unterkommen. Die Reptilienauffangstation ist derzeit in den Räumen der LMU beheimatet. Dort kann sie aber nicht mehr lange bleiben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Vielen Dank! – Die LMU hat signalisiert, dass sie die Räume bald selber braucht. Darüber hinaus sind die Tiere und auch die Menschen dort sehr beengt untergebracht. Ich habe mir die Station einmal angesehen und war beeindruckt, unter welchen Umständen dort hervorragende Leistungen erbracht werden. Bis unter die Decke sind dort Aquarien und Terrarien gestapelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Welche Leistungen werden dort erbracht? – Die Auffangstation nimmt zum Beispiel Tiere auf, die vom Zoll, von der Polizei oder von den Veterinärämtern beschlagnahmt wurden. Damit erfüllt die Reptilienauffangstation auch staatliche Aufgaben. Darüber hinaus schulen die Expertinnen und Experten der Station Feuerwehrleute, Polizisten und Veterinäre. Damit steht also außer Frage – und ich meine, Sie stimmen mir darin auch zu –, dass diese Station notwendig ist und in ihrem Bestand gesichert werden muss.

Wie sieht es derzeit aus? – Ein Grundstück wäre vorhanden. Der Kollege Zierer hat es schon erwähnt. Dieses Grundstück kann sich der Verein, der die Auffangstation trägt, auch leisten. Für einen Neubau aber fehlt das Geld.

Es ist schon richtig: Die Station ist schon bisher vom Freistaat mit einer Summe von etwa 300.000 Euro pro Jahr gefördert worden. Das ist nicht wenig, das wollen wir auch nicht verschweigen. Dieser Summe steht aber auch ein sehr großer Aufwand gegenüber. Allein der ganz normale Betrieb der Station kostet etwa eine Million Euro im Jahr. Jetzt geht es um einen notwendigen Neubau. Diese Investition lässt sich ohne

staatlichen Zuschuss nicht verwirklichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, da ist der Freistaat in der Pflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Sie haben es auch schon einmal so gesehen. Ich möchte daran erinnern, dass es auch aus der CSU-Fraktion schon einmal deutliche Signale für die Unterstützung eines Neubaus gegeben hat.

(Susann Biedefeld (SPD): Genauso ist es!)

Zwischenzeitlich gab es aber einen Rückzieher, weil die Kosten als zu hoch erschienen. Es stimmt: Man kann sicher an der einen oder anderen Stelle sparen, aber nicht an den Haltungsbedingungen für die Tiere; denn die sind gesetzlich vorgeschrieben.

Unserem Berichtsantrag wurde im Umweltausschuss mit der Maßgabe zugestimmt, dass neue Pläne auf den Tisch kommen müssen, die das Projekt deutlich billiger machen und die eventuell in modularer Bauweise ausgeführt werden können.

(Susann Biedefeld (SPD): Die liegen dem Ministerium inzwischen vor!)

Deshalb meine Frage an das Umweltministerium: Liegen diese neuen und abgespeckten Pläne vor? Wir vermuten, dass es so ist. Gibt es einen neuen Plan, der den Vorgaben des Umweltausschusses entspricht? Sollte das der Fall sein, erwarten wir umgehend den in unserem Antrag geforderten Bericht und dann natürlich auch eine zügige Verwirklichung dieses Konzepts.

Sind wir doch einmal ganz ehrlich: Was wären denn die Alternativen zu dieser Station? Ich kenne keine. Deshalb bitte ich heute das Plenum: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Stimmen Sie für den Erhalt der Reptilienauffangstation. Lassen Sie diese wichtige Einrichtung nicht sterben!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Susann Biedefeld (SPD):
Es bringen doch bitte alle künftig die Tiere in die Staatskanzlei!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat nun der Kollege Flierl von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Flierl (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Auch uns ist bewusst – das möchte ich vorausschicken –, dass in der Reptiliennauffangstation wertvolle und wichtige Arbeit geleistet wird und dass diese Station eine gute Einrichtung ist. Wir erkennen auch die dort erbrachten Leistungen für aufgefundene, sichergestellte oder beschlagnahmte exotische Tiere an, die auch durchaus gefährlich sein können. Damit erfüllt die Station natürlich eine Aufgabe, die dem Staat oder den Kommunen obliegt. Darüber hinaus ist auch das Engagement der Auffangstation für Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit beachtenswert. Gerade die Öffentlichkeitsarbeit ist besonders wichtig, weil damit die Bevölkerung darauf hingewiesen wird, dass sie aus Gedankenlosigkeit nicht noch mehr dieser Tiere anschaffen soll. Dies, glaube ich, ist auch eine der zentralen Aufgaben dieser Station.

(Susann Biedefeld (SPD): Richtig!)

Wir möchten uns aber nicht nur auf salbungsvollen Dank oder wohlfeile Worte beschränken. Ich sehe es auch nicht so, wie Sie, Herr Kollege Woerlein, dass beim Tier- schutz im Freistaat Bayern einiges im Argen liegt. Das ist das übliche Zerrbild, das wir aus der Diskussion im Umweltausschuss gewohnt sind.

(Susann Biedefeld (SPD): Auf welcher Insel leben Sie denn?)

Ich möchte Ihnen aber auch vor Augen halten, dass der Freistaat Bayern sehr wohl seiner Verpflichtung nachkommt und auch Unterstützung leistet. Es wäre verfehlt, wenn wir so tun würden, als wäre dies nicht der Fall. Seit 2009 wird jährlich ein Zu- schuss an den Trägerverein geleistet, der derzeit 321.000 Euro beträgt. Gerade im Großraum München ist es auch nicht zu vernachlässigen, wenn die Räume an der LMU in der Kaulbachstraße kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Dass Hand- lungenbedarf besteht, ist ebenso unstreitig.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus enthalten die Anträge der FREIEN WÄHLER und der SPD weitere unzutreffende Ansätze. Das geplante Grundstück für die Neuerrichtung der Auffangstation in Neufahrn ist noch nicht gekauft.

(Susann Biedefeld (SPD): Vorkauf!)

– Es ist lediglich ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Im Antrag steht es allerdings anders. Darüber hinaus – das ist der schwerwiegendste Punkt – existiert keine Zusage des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, dass dieser Neubau auch finanziert wird. Im Gegenteil, allen Beteiligten war bei allen Besprechungen klar, dass der Freistaat Bayern keinen Bau für Dritte errichten wird. Das ist stets deutlich gemacht worden. Es ist lediglich auf die Möglichkeit einer staatlichen Förderung hingewiesen worden. Es wurde aber keine Förderung in Aussicht gestellt, es gibt keinen förmlichen Akt und keine entsprechende Zusage. Dieser Punkt entspricht also auch nicht der Realität.

(Susann Biedefeld (SPD): Dann werden die staatlichen Aufgaben künftig eingesetzt!)

Ich will das Anliegen damit aber nicht abtun, weil wir uns die Leistungen der Reptiliennauffangstation immer vor Augen halten und diese Leistungen auch anerkennen.

(Susann Biedefeld (SPD): Das sind staatliche Aufgaben!)

Es existiert ein Runder Tisch mit Vertretern aus Umweltministerium und Trägerverein, es ist eine innerministerielle Arbeitsgruppe gegründet worden. Wir müssen gemeinsam mit dem Trägerverein Lösungen finden. Dabei ist uns aber klar – und das ist, glaube ich, auch verständlich –, dass eine vollständige Finanzierung des Bauvorhabens nicht möglich ist. Wir reden immerhin von 20 bis 25 Millionen Euro.

(Susann Biedefeld (SPD): Inzwischen ist es viel weniger! – Herbert Woerlein (SPD): Nein! 15 Millionen!)

– Herr Kollege Woerlein, Sie schütteln den Kopf. Auch wenn es 15 Millionen Euro wären, wäre es ein erkleckliches Sümmchen.

(Beifall bei der CSU)

Es liegt auf der Hand, dass so ein Betrag keinesfalls zu schultern wäre. Wir stehen im Freistaat Bayern vor großen Aufgaben. Heute wurde bei den Dringlichkeitsanträgen, aber auch in der Aktuellen Stunde schon darüber diskutiert. Ich glaube auch nicht, dass der Betrag von 15 Millionen Euro allein aus dem Haushalt des Umweltministerrums zu finanzieren wäre. Wir können nicht nach dem Motto "Koste es, was es wolle" verfahren. Das ist keine verantwortungsvolle Politik.

(Susann Biedefeld (SPD): Das macht kein Mensch, keine Fraktion in diesem Hohen Haus!)

Deswegen werden wir diesen Anträgen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Darüber hinaus sind die Anträge viel zu eng eingegrenzt. Sie sind nur auf eine Lösungsmöglichkeit, nämlich auf einen Neubau in Neufahrn, fixiert. Denkbare Alternativen würden dadurch ausgeschlossen.

(Susann Biedefeld (SPD): Wie sind denn die Alternativen? – Zuruf von den GRÜNEN: Welche Alternativen?)

Es wird keine Rücksicht auf die entstehenden Kosten genommen. Alternativen müssen die interministerielle Arbeitsgruppe, das Umweltministerium, aber auch der Trägerverein entwickeln. Deswegen werden wir die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER ablehnen. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir in der modifizierten Fassung, wie im Ausschuss besprochen, unsere Zustimmung erteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden heute keine Blankoschecks ausstellen. Wir werden keine Vorfestlegung treffen. Wir werden die Auffangstation gerne weiter unterstützen und uns vernünftigen, finanziell tragbaren Lösungen nicht verschließen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Flierl, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen: Kollege Zierer, Kollegin Steinberger und Kollegin Biedefeld. – Herr Kollege Zierer, Sie haben das Wort.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Flierl, Ihre Aussagen zu dem Grundstück in Neufahrn sind nicht zutreffend. Das Grundstück braucht nur vom Verein verbrieft zu werden. Aber dafür benötigt er natürlich Zusagen der Staatsregierung. Ich bin Ihnen dankbar; denn Sie haben endlich ganz klipp und klar gesagt, Sie wollen hier nicht weitergehen und wollen den Verein nicht unterstützen. Sie wollen sich das nicht leisten, Sie wollen die Reptilien nicht aus dem Dreck in der Kaulbachstraße herausholen. Das war endlich ein klares Wort von Ihrer Seite und kein Rumgewinsel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege Flierl, ich würde vorschlagen, dass wir die drei Zwischenbemerkungen zusammenfassen. Dann kommen die Kollegen noch heim nach Franken. – Bitte schön, Frau Kollegin Steinberger, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege Flierl, Sie haben wunderbar ausgeführt, dass es nicht reicht, wenn man immer nur dankt und sagt: Ihr habt es gut gemacht. Wenn es ans Eingemachte geht, muss man auch bei der Finanzierung helfen. Das reicht nicht. Das haben Sie am Anfang Ihrer Ausführungen gesagt. Am Schluss haben Sie dann aber wieder genau das Gleiche gemacht, was von vornherein angedeutet worden war.

Sie haben gesagt, es gebe Alternativen. Vielleicht nennen Sie diese Alternativen. Sie haben gesagt, man muss dem Verein helfen – er ist nämlich wichtig –, aber es darf nicht viel kosten. Dem Antrag, den wir im Umweltausschuss mit einer Maßgabe gestellt haben, wollen Sie stattgeben. Das heißt, wenn es neue Vorschläge des Tierheims mit deutlich reduzierten Kosten gibt, soll ein Konzept erarbeitet werden. Ich möchte, dass Sie dem zustimmen und das zusagen.

Ich hätte auch gern ein Wort von der Frau Ministerin gehört: Wie wollen Sie den dauerhaften Bestand dieser wichtigen Station sichern? – Nach dem, was Sie heute gesagt haben, ergibt sich für mich der Schluss: Sie machen eine gute Arbeit, aber es darf nicht viel kosten. Sie suchen nach Alternativen. Nennen Sie uns die Alternativen, und nennen Sie uns einen Zeitplan, wie es mit dem Verein weitergehen soll; denn lange halten die Leute da draußen nicht mehr aus, und dann wird zugesperrt. Dann aber wird etwas los sein; das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Jetzt hat die Frau Kollegin Biedefeld das Wort. Bitte schön.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Flierl, ich bitte Sie, dass Sie wirklich einmal die Alternativen aufzeigen. Sie sagen, die Anträge sind viel zu eng gefasst, und Alternativen seien nie geprüft worden. Das können Sie sicher nur sagen, wenn Sie Alternativen im Kopf haben. Ich fordere Sie ebenso wie die Kollegin vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, endlich einmal Alternativen zu nennen. Vielleicht kann dann auch der Verein reagieren und Alternativen von seiner Seite aus prüfen.

Herr Kollege Flierl, räumen Sie ein, dass Sie nicht mehr auf dem aktuellen Stand sind? Ist Ihnen bekannt, dass es nicht mehr um die Summe von 20 bis 25 Millionen Euro geht? – Dem Ministerium liegt bereits eine abgespeckte Version vor.

Herr Kollege Flierl, ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass der Verein bereits auf der Grundlage der ersten Planung – und jetzt in Fortführung – auf 16 Seiten detailliert und minutiös dargelegt hat, warum, auf welcher Grundlage, nach welchem Gesetz, nach welchem Absatz und mit welchem Satz die Planung in dieser Weise ausgefallen ist? – Er hat das wirklich auf 16 Seiten genau und minutiös begründet. Ist Ihnen das bekannt? Haben Sie das einmal gelesen? Meine Frage: Waren Sie selber schon einmal in dieser Station an der Kaulbachstraße?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Kollege Flierl, Sie haben das Wort.

Alexander Flierl (CSU): Ich gehe der Reihenfolge nach vor. Herr Kollege Zierer, wir sind uns wohl darüber einig – da braucht man kein Jurist zu sein –, dass ein Vorkaufsrecht etwas anderes ist als ein Kauf. In den Anträgen, zumindest im Antrag der SPD, wird immer davon gesprochen, das Grundstück sei schon erworben worden. Das ist dann relativiert worden. Aber im Antrag ist es immer noch enthalten.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

– Sie hatten gerade zwei Minuten, und der Herr Präsident hat mir das Wort erteilt.

(Susann Biedefeld (SPD): Ich lasse mir nicht das Wort für Zwischenrufe verbieten!)

– Sie leisten einen Redebeitrag und keinen Zwischenruf. Aber die Geschäftsordnungsdebatte können wir gern nachher führen.

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Wir müssen festhalten, dass die Finanzierung eine Rolle spielt, aber das tun natürlich auch die baulichen Anforderungen; da gebe ich Ihnen durchaus recht. Es muss ja auch passen, gerade im Sinne des Tierschutzes, aber eben auch des Arbeitsschutzes. Ich glaube, da haben wir überhaupt keinen Dissens.

Ich sage ganz klipp und klar, man muss – vielleicht auch an anderen Orten – weitere Alternativen prüfen. Dass das im Großraum München sehr schwierig und auch sehr teuer ist, ist uns, glaube ich, allen bekannt. Aber da muss man eben weiter suchen.

Man kann auch nicht einfach sagen, dass es 20 Millionen Euro kostet. Es gibt wohl, so wurde mir erzählt, eine abgespeckte Version. Aber die würde auch so um die 15 Millionen Euro liegen. Dazu sage ich ganz klipp und klar: 15 Millionen Euro wird der Freistaat Bayern nicht allein schultern können. Ich glaube auch nicht, dass wir das im Umwelthaushalt sicherstellen können. Es gibt im Naturschutz, im Umweltschutz und insbesondere im Hochwasserschutz so große Herausforderungen, dass wir für ein so singuläres Projekt diesen Betrag nicht werden aufbringen können. Wir können nicht einfach ins Blaue hinein handeln, Oppositionspolitik betreiben und einfach einmal eine Forderung in der Annahme erheben, das wird schon irgendwie bezahlt. Das wäre nicht verantwortungsbewusst, und so etwas kommt für uns nicht infrage.

Deswegen werden wir dem Antrag der GRÜNEN selbstverständlich zustimmen, dass ein Bericht gegeben wird, sobald die Ergebnisse letztendlich ausverhandelt sind, damit wir auch im Ausschuss diskutieren können. Die anderen Anträge, die auch finanziell viel zu weit reichen, werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Die Fragen wurden wieder nicht beantwortet! Er kann die Fragen nicht beantworten! – Herbert Woerlein (SPD): Er soll sich einmal vorbereiten!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat nun die Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

(Zuruf)

– Sie wollen nicht? – Mir ist das so gesagt worden.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache geschlossen.

(Susann Biedefeld (SPD): Unglaublich, dieses Ministerium, diese Ministerin! –
Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Wir sollten die letzten Minuten noch mit der nötigen Disziplin abwickeln.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER zur Ablehnung. Beim Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er Zustimmung mit der Maßgabe, dass ein neuer Satz angefügt wird. Ich verweise hierzu auf die Drucksache 17/11649. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Anträge insgesamt abstimmen und der Abstimmung das Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz zugrunde legen, nachdem die Anträge auf namentliche Abstimmung zurückgezogen worden sind? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in dem vorgenannten federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen – sehe ich nicht. Stimmenthaltungen – sehe ich auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Anträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER sind damit abgelehnt. Dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist mit der Ergänzung durch einen neuen Satz zugestimmt worden.

Nun gebe ich noch die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen bekannt, zunächst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Bayerisches Modellprojekt für ein Einwanderungsgesetz", Drucksache 17/10519: Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 83. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich gebe Ihnen jetzt noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Güll, Petersen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Lehrkräfte entlasten! – Unterrichtsausfall durch Neueinstellungen vermeiden", Drucksache 17/11810, bekannt: Mit Ja haben 59 gestimmt, mit Nein 77, Stimmenthaltungen: keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich Ihnen gemäß § 26 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung noch einige Umbesetzungen in den Ausschüssen bekannt: Am 2. Juni wurde Frau Kollegin Doris Rauscher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration gewählt. Gestern hat der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden Frau Alexandra Hiersemann zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

(Unruhe)

Ich fahre erst fort, wenn sich die CSU beruhigt hat.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Ebenfalls am 2. Juni wurde Herr Kollege Harald Güller zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen gewählt.

Ich gratuliere Ihnen im Namen des Hohen Hauses zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg und Spaß in Ihren neuen Funktionen. – Das Wort "Spaß" ist mir aufgeschrieben worden. Ich hoffe, Sie haben diesen Spaß.

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Zugleich möchte ich den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, den Kolleginnen Frau Angelika Weikert, Frau Johanna Werner-Muggendorfer und dem Kollegen Herrn Volkmar Halbleib für Ihren geleisteten engagierten Einsatz danken.

Es fanden aber nicht nur Umbesetzungen bei den stellvertretenden Vorsitzenden statt, sondern auch noch folgende Ausschussumbesetzungen: Anstelle von Herrn Volkmar Halbleib wird Frau Susann Biedefeld neues Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Frau Vizepräsidentin Inge Aures nimmt den Platz von Frau Biedefeld im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen ein. Frau Kollegin Ruth Waldmann wird an Stelle von Frau Kollegin Doris Rauscher neues Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege.

Ich wünsche den Kolleginnen viel Erfolg in ihren neuen Aufgabengebieten und danke den ausgeschieden Kollegen für Ihren Einsatz.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich danke Ihnen, dass Sie so lange durchgehalten haben, und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss: 17.33 Uhr)